

Zu den mittelstandspolitischen Vorhaben der großen Koalition

...in punkto Arbeitsmarkt

- gesetzlicher Kündigungsschutz erst nach 24 Monaten Probe-/Wartezeit, dafür maximal 2-jährige sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen streichen - außer bei Existenzgründern: weiterhin 4 Jahre Befristung möglich (S. 30 des Koalitionsvertrags)
- ab 2007: Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 % senken, davon 1 % durch höheren Mehrwertsteuersatz von 19 % finanzieren, sonstiges Mehraufkommen zur Sanierung der Staatsfinanzen verwenden (S. 21, 68); gleichzeitig Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9 % anheben (S. 21)
- Ausbildungspakt fortführen, dabei Gewerkschaften einbeziehen (S. 18, 34 f.)
- *Kaum Kostenentlastung des Faktors Arbeit in Sicht. Die Beitragssenkung bei Arbeitslosenversicherung wird durch höhere Rentenbeiträge und Mehrwertsteuerer konterkariert. Viele binnenorientierte KMU können höhere Preise nur schwer weitergeben. Kein Durchbruch ist die Erleichterung beim Kündigungsschutz ist. Mit dem Wegfall der Befristungsmöglichkeit ist der Preis nicht gering. Richtig: Die Fortführung des Ausbildungspaktes. Es bleibt abzuwarten, ob die Gewerkschaften einen konstruktiven Beitrag leisten werden.*

... in punkto Steuern

- ab 2006: auf 2 Jahre befristet AfA-Regeln verbessern – entsprechend Stand Jahr 2000 (S. 66, 69); Handwerkerrechnungen begrenzt von Einkommenssteuer abziehbar machen (S. 70, 18); Ausnahmetatbestände abbauen – z.B. Eigenheimzulage für neue Fälle streichen (S. 71), Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags-, Nachtzuschlägen auf Grundstundenlohn bis 25 Euro beschränken (S. 70)
- ab 2007: Mehrwertsteuer auf 19 % erhöhen (*Bewertung siehe oben*), Erbschaftsteuer pro Jahr der Betriebsfortführung um 10 % reduzieren, nach 10 Jahren erlassen (S. 71)
- bis 2008: Unternehmenssteuern grundlegend reformieren – Ziele: International konkurrenzfähige Sätze und Rechtsformneutralität; Gewerbesteuer weiter entwickeln zu einer wirtschaftskraftbezogenen kommunalen Unternehmenssteuer (S. 69)
- *Die Ankündigung einer umfassenden Reform ist vage. Die temporären AfA-Verbesserungen sind kein adäquater Ersatz für dauerhafte Entlastungen, die u. a. mit dem Job-Gipfel geplant waren. Die Abzugsfähigkeit von Handwerkerrechnungen bevorzugt selektiv Anbietergruppen und verkompliziert das Steuerrecht. Richtig: Die Erbschaftsteuerreform. Dabei ist jedoch eine Deckelung des begünstigten Betriebsvermögens (z.B. 100-Mio-Euro-Grenze) zu vermeiden. Wichtig für den Mittelstand: Schnellstmögliche Klarheit über die geplante Unternehmenssteuerreform.*

... in punkto Sozialversicherungen

- Rentenversicherung: Beitragssatz ab 2007 auf 19,9 % erhöhen (S. 21), gesetzliches Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 von 2012 bis 2035 anheben (S. 82); Pflege-(S. 91) und Krankenversicherung (S. 85): Reformvorschläge 2006.
- *Die künftigen Lohnzusatzkosten hängen entscheidend von der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ab. Hier besteht aus Sicht des Mittelstandes der größte Nacharbeitungsbedarf. Hoffnungsschimmer: Der Einstieg in die Rente mit 67.*

...in punkto Bürokratieabbau (S. 62 f.): gute Ansätze, doch nach Erfahrungen aus vergangenen Legislaturperioden muss Mittelstand auf durchschlagskräftige Umsetzung setzen (z.B. Bürokratiekostenmessung wie in Niederlanden, Normenkontrollrat bei der Kanzlerin, „small-company-act“ u.a. mit Statistikentlastung von KMU, schnelleren Planungs- Genehmigungsverfahren, Vereinheitlichung von Schwellenwerten)